

# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 18 31 - 33  
Fernschreiber 0 88 6 890

P/XV/232 ~ 10. Oktober 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

- |       |  |    |
|-------|--|----|
| 1     | <p><u>Übereinstimmung - auf welchen Gebieten</u></p> <p>Eine Rede und ein Kommuniqué</p> <p>Nach dem Bonner Besuch des französischen Ministerpräsidenten</p> | 50 |
| 2 - 3 | <p><u>Die Deutschlandfrage in Scarborough</u></p> <p>Ein Beitrag zum Thema: "Arbeit für Deutschland im Ausland"</p> <p>Von Wenzel Jaksch, MdB</p>            | 78 |
| 4 - 5 | <p><u>Kurt Schumacher - Patriot und Staatsmann</u></p> <p>Am 13. Oktober wäre Kurt Schumacher 65 Jahre alt geworden</p> <p>Von Fritz Sänger</p>              | 99 |
| 6 - 7 | <p><u>Fiasko der SED/KP</u></p> <p>Ihre Politik macht sie zu Sektierern</p>  | 70 |

\* \* \*

\* \*

Übereinstimmung - auf welchen Gebieten?

Eine Rede und ein Kommuniqué

Nach dem Bonner Besuch des französischen Ministerpräsidenten

sp - Das von allen Gutwilligen gehegte und gehütete Pflänzlein der deutsch-französischen Verständigung ist trotz der nach den Adenauer-Debré-Gesprächen betonten Einmütigkeit auch weiterhin heftigen Herbststürmen ausgesetzt. Kaum war nämlich diese Einigkeit mit freundlichen Diplomatenlächeln vor den Kameras der Pressefotografen ostentativ angedeutet worden, da hörte man aus Chambéry, einem der Zentren der französischen Widerstandsbewegung während der deutschen Besetzung Frankreichs, uneingeschränkt das Verlangen de Gaulles nach einer Strukturveränderung der NATO und die Forderung nach einer unabhängigen französischen Streitmacht.

Es ist kaum anzunehmen, dass de Gaulle im dem Augenblick, da er diese Rede hielt, von der angeblich von seinem Ministerpräsidenten Debré erzielten "Einigung" keine Kenntnis hatte. Eher darf vermutet werden, dass der französische Staatspräsident - ähnlich wie es sein Freund Adenauer gelegentlich zu tun pflegt - seine abwesenden Minister öffentlich desavouieren, wenn nicht gar zur Ordnung rufen wollte. In diesem Punkte scheint also wirklich zwischen de Gaulle und Adenauer eine weitgehende Übereinstimmung zu bestehen.

Aber dieser Vorgang ist zu ernst, um nur glossiert zu werden. Man weiss jetzt in der Bundesrepublik: de Gaulle will seine Vorstellungen von der europäischen Politik und der westlichen Verteidigung nicht ändern, wobei man - zu allem Überflus - in Bonn noch nicht gemerkt zu haben scheint, dass de Gaulle in seinen letzten Reden nicht mehr von Westeuropa, sondern von Europa schlechthin sprach und hierbei sicher auch an die alte traditionelle französische Freundschaft zu Staaten wie Polen dachte, die jenseits der heutigen Demarkationslinie zwischen Ost und West liegen.

Gewiss, de Gaulle denkt sicher im Augenblick nicht daran, die Grundlagen der bisherigen westeuropäischen Integrationspolitik zu ändern. Er spricht aber immer häufiger von dem "Europa der Vaterländer," das eine Aufgabe in der Ost-West-Auseinandersetzung habe und sich bereithalten müsse wenn das China Peking mit der USA in Konflikt gerate. De Gaulle hat schon oft durchblicken lassen, dass in einem solchen Falle nicht unbedingt der allgemeine Krieg ausbrechen müsse und dass Europa als Ganzes in diesem Augenblick als Vermittler auftreten könne. Aus diesem Grunde will er auch "ein unabhängiges Frankreich mit einer eigenen Atomwaffe, das als Weltmacht in der Lage ist, stellvertretend für Europa, auf jeden Eindruck zu machen."

Man darf gespannt sein, wie Bonn - auf die Dauer gesehen - auf solche Pläne reagieren wird. Ebenso muss man sich fragen, ob die deutsche Diplomatie in Paris sich in den vergangenen Monaten taub stellte, den Aussenminister und Bundeskanzler über die Pläne de Gaulles unzulänglich unterrichtete, oder ob gar der Bundeskanzler korrekte Berichte über de Gaulles Vorstellungen nicht zur Kenntnis nehmen wollte.

Es ist sicher angebracht gewesen, dass Bonn die Pariser Gesprächspartner nicht im Zweifel darüber gelassen hat, wie wenig man hier gewillt ist, das gute Verhältnis zu den Vereinigten Staaten und Grossbritannien stören zu lassen. Aber damit ist das Problem, um das es in den nächsten Monaten gehen wird, nicht gelöst. Die Rede de Gaulles in Chambéry besagt mehr als das Kommuniqué von Bonn.

## Die Deutschlandfrage in Scarborough

Ein Beitrag zum Thema: "Arbeit für Deutschland im Ausland"

Von Wenzel Jaksch, MdB

Auf dem Kongress der Labour Party in der nordenglischen Küstenstadt Scarborough haben wir wieder einen Zusammenprall der beiden "Sozialreligionen" erlebt, die seit 40 Jahren um die Herzen der europäischen Arbeiter ringen. Nicht, dass man die Widersacher von Hugh Gaitskell in Bausch und Bogen als "Werkzeuge Moskaus" abtun könnte. Dem geschulten Auge blieb jedoch nicht verborgen, dass in die Kongresshalle von Scarborough Einflüsse hineinströmten, die jenseits der Denkweise des freiheitlichen Sozialismus zu suchen sind. Sicher war es seit Jahr und Tag ein Kernstück der kommunistischen Weltstrategie, die sozialdemokratischen Positionen in Skandinavien, Westdeutschland, Belgien und Holland über Grossbritannien zu umfassen und durch Unterwanderung der Labour Party einen politischen Eckpfeiler der westlichen Verteidigung herauszubrechen. Darauf lief der "Unilateralismus" von Cousins bis Ricardo, nämlich die Forderung nach einseitiger nuklearer Abrüstung, wenn auch nicht in der Form, so doch in der Sache hinaus.

Niemand in der Bundesrepublik möge billige Schadenfreude über das Ringen der Geister empfinden, das in der zweitstärksten Partei Englands nunmehr auf breiter Front entbrannt ist. Entscheidungen über die Marschrichtung der britischen Arbeiterbewegung berühren auch die Zukunft der deutschen Demokratie. Wohl spielte im äusseren Ablauf der turbulenten und dramatischen Verhandlungstage in Scarborough die deutsche Frage nur eine bescheidene Nebenrolle. Immerhin musste es auffallen, dass der Resolutionsantrag einer kleineren Gewerkschaft deutlich darauf hinzielte, aus dem Parteitag eine Misstrauenserklärung gegen die Bundesrepublik herauszuholen. Dieser Antrag der Lokomotivführer und Heizer behauptete, die Ideologie der Nazi-Partei sei noch immer bei vielen Repräsentanten der Bonner Regierung vorherrschend. Unter Berufung darauf sollte sich der Parteitag allgemein gegen die Wiederbewaffnung Westdeutschlands aussprechen, gegen die Ausbildung deutscher Einheiten und Anlage deutscher Nachschubdepots in England und ebenso sehr gegen die Ausrüstung der Bundeswehr mit Raketen und nuklearen Waffen. So sollten die Besorgnisse gegenüber einer Ausweitung des Atomklubs geschickt für einen diskriminierenden Beschluss gegenüber der Bundesrepublik und jeden deutschen Soldaten eingespannt werden. Der Appell an die antideutschen Ressentiments wurde bei der

Begründung der Resolution noch deutlicher sichtbar. Der Sprecher der antragstellenden Gewerkschaft behauptete u.a., der gegenwärtige Verteidigungsminister der Bundesrepublik sei ein NS-Schulungsoffizier gewesen (was eine kommunistische Erfindung ist, was immer man gegen Herrn Franz-Josef Strauss haben mag). Auch die zweite Rednerin in der grossen politischen Debatte trat kräftig in diese Fußstapfen. Kein Wort fiel gegen die ehemaligen Nazis in der Ulbricht-Kolonie, kein Wort gegen den Militarismus in der Sowjetzone. Die Beteuerung der Redner, dass diese Misstrauens-offensive nicht gegen das deutsche Volk oder die SPD gerichtet sei, klang daher wenig überzeugend. Antrag und Begründung wurden vom Parteitag kühl aufgenommen, während tags zuvor bei der Vorstellung der Gastdelegierten die SPD-Delegation (Fritz Erlor, Dr. Elinor Hubert und Wenzel Jaksch) mit herzlichem Beifall begrüsst worden war. Wäre aber die Deutschland-Resolution als Routineangelegenheit mitbeschlossen worden, so hätten die Kommunisten wieder ein volles Jahr unter Berufung auf einen Beschluss des Labour-Parteitages gegen die Bundesrepublik in allen Teilen der Welt agitieren können.

Im Schatten eines grossen Rededuells über die Verteidigungspolitik der Labour-Party bewährte sich jedoch wieder einmal die stille Arbeit der deutschen Sozialdemokraten und ihrer Labour-Freunde für die britisch-deutsche Annäherung. John Hynd stieg in die Arena und wies in einer mutigen Rede darauf hin, dass wieder einmal die Bundesrepublik auf die Anklagebank gesetzt werden solle, während das Terror-Regime des Herrn Ulbricht ungeschoren bleibe. Hynd warnte vor generalisierenden Anklagen und diskriminierenden Beschlüssen, welche nur den Kampf der SPD in Westdeutschland erschweren könnten. Die Freunde Parkows in Saale blieben stumm. Ihre Niederlage wurde besiegelt, als im weiteren Verlauf der Debatte der Aussenpolitiker des Schattenkabinetts, Denis Healy, darauf hinwies, dass der auf der Gästetribüne anwesende Wehrexperte der SPD, Fritz Erlor, immerhin sieben Jahre in Hitlers Zuchthäusern verbracht habe. Beifall rauschte auf der sich noch steigerte, als sich Erlor erhob und dankend zurückwinkte. In diesem Augenblick wurde sichtbar, dass die Männer des aktiven Widerstandes der eigentliche moralische Schild der deutschen Demokratie sind. An diesem Schild prallen die Pfeile ab, die die Bundesrepublik und das deutsche Volk als Ganzes treffen sollen.

Hugh Gaitskell wandte sich in seiner grossartigen Kampfrode noch einmal dem Gegenstande zu und ersuchte die Antragsteller, den Argumenten von John Hynd folgend, auf eine Abstimmung über die Deutschland-Resolution zu verzichten und sie der Partei-Exekutive zur Prüfung zuzuweisen. So geschehe es auch. -

Das ist ein Beitrag zum Thema der Öffentlichkeitsarbeit im Auslande, das zur Zeit in Bonn lebhaft erörtert wird. Wer will sich anmaßen, Arbeit für Deutschland ohne und gar gegen die Sozialdemokraten zu betreiben? + ± 4 -

Kurt Schumacher - Patriot und Staatsmann

Am 13. Oktober wäre Kurt Schumacher 65 Jahre alt geworden

Von Fritz Sänger \*

Ein zweites Mal kann es diesen Mann nicht geben, Kurt Schumacher, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in einem Augenblick, als die Nation auf ihrem Wege durch die Geschichte die tiefste Sohle des Tales durchschritt, in dem die Schatten des Unglücks, des Unheils und einer unermesslichen Schande jede Bewegung zu hemmen schienen. Für die allermeisten Deutschen kam er aus der Namenlosigkeit; für viele seiner Freunde war es wie ein Wunder, daß er wieder unter sie trat. Er hatte länger als ein Jahrzehnt in Konzentrationslagern unbeugsam jedem Ansinnen getrotzt, auch nur ein Tuttelchen von dem Wege abzuweichen, den seine Überzeugung und sein Gewissen ihm vorgeschrieben hatten.

Aus dieser Haltung schöpfte er die Kraft, die er nun einsetzte, eine gigantische Kraft, die überwältigte. Dieser Mann, hager, nahezu fleischlos, wandelnde Zuversicht in einem Chaos von Trümmern und menschlichen Kleinmut, zog wie ein Magnet das Ja zum Leben an sich heran und strahlte Energie und Unbeugsamkeit im Wollen und Tun aus, weil er leben wollte für seine Sache, an die er glaubte, weil er eine Verpflichtung sah, für die geschlagenen, gefolterten, gebeugten, hungernden, körperlich und seelisch verzweifelnden Menschen, weil er wusste, daß diese Katastrophe Deutschlands nicht das Ende sein müsste, sondern der Anfang sein könnte für ein neues, anderes, freies - von den furchtbaren Schlacken der Vergangenheit befreites Deutschland. Daran hatte er in den Lagern geglaubt und gegrübelt und daran wollte er nun arbeiten, als das Schicksal ihm erlaubte Hand anzulegen, neu zu beginnen, die Freunde um sich zu versammeln und mit ihnen den Gedanken eines freiheitlich demokratischen Sozialismus in Deutschland und für dieses Land neu zu durchdenken.

Ob man dort anfangen könne, wo man einst hatte aufhören müssen? Ob das veränderte gesellschaftliche Sein neue Postulate aufzwingen würde? Kurt Schumacher war nicht der Mann, der einen zweiten Schritt vor dem ersten tat. Er wusste die Antworten auf die Fragen, in Hannover begann er sich umzublicken. Wie es in München und in Busseldorf in Leipzig, Magdeburg, Essen, Frankfurt und in Berlin aussah und bald aussuchen würde, das wurde ihm nahezu körperlich und schmerzlich zugleich deutlich. Daraus zog er seine Schlüsse und Entschlüsse.

Frühzeitiger und nachdrücklicher als irgendein anderer deutscher Politiker wies Kurt Schumacher auf die Fundamente eines künftigen und friedlichen Zusammenlebens der Völker hin, zu denen auch das deutsche gehören würde und in deren Mitte die Deutschen einen Platz haben müssten. Die Würde des Menschen, die niemand antasten dürfe, das Bewusstsein demokratischer Verpflichtung, das sich in Deutschland entwickeln müsse, der Wille zu staatsbürgerlicher Verantwortung für das eigene Leben und Schicksal in Politik, Wirtschaft und Kultur, der zu wecken, zu pflegen und zu lenken war - das waren die nächsten, die grossen und höchst schwierigen Aufgaben für die Führung dieses Volkes, die Schumacher sah. Länger als ein Jahrzehnt hatten die Deutschen nur zu gehorchen, sich unterzuordnen, und sie nahmen die Konspiration, das Lesen zwischen den Zeilen der Zeitungen, das Sprechen und Hören unter ängstlicher Vorsicht fast als natürliche Erscheinungsformen des Umgangs miteinander. Das Volk hatte sein Selbstbewusstsein verloren oder hatte es übersteigert; ihm wurde eine Uberkraft vorgetäuscht und es wurde von anderen Völkern isoliert gehalten und wusste wenig von der Welt wie sie wirklich war.

Aus seiner Konzeption der politischen Aufgabe in Deutschland gab es für Schumacher keine Brücke zum Kommunismus. Niemand hat jemals Kurt Schumacher in der Abwehr und in der aktiven Bekämpfung kommunistischer Theorie und Praxis übertrifft. Der unerbittliche Widerstand, den er jedem Versuch einer Anbiederung und eines Leugnens der abgrundtiefen Unterschiede zwischen dem demokratischen Sozialismus und dem Kommunismus leistete, trug ihm und seinen Freunden erbitterten Hass ein. Er war der gefährlichste Gegner des Regimes, das Unfreiheit, Gewalt und Unrecht von neuem ausbreitete, und die Sozialdemokratische Partei wurde die einzige, die in den deutschen Gebieten, in denen die Kommunisten zur Herrschaft gelangten, verboten wurde. Zum zweiten Mal zerstörten die Kommunisten alle Ansätze für eine freiheitliche Entwicklung in Deutschland. Das hat Kurt Schumacher auf das schärfste angeprangert.

Mit seinem harten Wort stand er oft allein. Sein scharfes Denken und rücksichtsloses Sprechen begeisterten die einen und entsetzten die anderen. Mancher unter den geistig oder geographisch heimatlos gewordenen Deutschen blickten zu ihm auf wie zu einem neuen Nationalhelden. Sie sahen in ihm ein Bild ihrer heiligen Wünsche. Seinem leidenschaftlichen Appell ist stets ein klares Bedenken vorausgegangen, das keinen Raum in Pathos und in nationalistischen Illusionen zuließ. Wer diesen Weg nicht mitzugehen vermöchte, blieb seinem Wesen und seinem Wollen fremd. Später mussten sich die Wege trennen. Schumacher durchschaute diese Situation auch dann, wenn die Zustimmung der Massen keine Grenzen zu finden schien.

Mit fast verletzender Konsequenz und Rücksichtslosigkeit verlangte er von allen, die er zur Mitarbeit heranzog, dass sie einen nüchternen Sinn behielten. "Wenn wir oben sind, fängt es erst an", sagte er einmal und das war noch inmitten aller Schwierigkeiten, die nach dem verlorenen Kriege tausendfach jede politische Handlung belasteten. "Oben", das wäre der Zustand, in dem die Menschen sich wieder sattessen könnten und ein Dach über dem Kopf haben würden.

Er hat es gar da noch erlebt, dass die Menschen in Deutschland das Leben wieder freundlicher anzuschauen begannen. Aber dann fing die eigentliche, die schwierige, die politische Aufgabe an, die Kurt Schumacher niemals aus seinen scharf blickenden Augen gelassen hätte: die Politiker in Deutschland zu Realisten zu machen, die sich nicht von Wunschträumen, sondern von den Möglichkeiten bestimmen liessen, welche die Umwelt zu bieten vermöchte. In Reden und Artikeln hatte er ungezählte Steine für ein Mosaikbild eines politischen Programms bereitgestellt. Die ersten Linien des Bildes deutete er noch selbst an, ehe ihn der Tod, der ihn längst gezeichnet hatte, aus dem Kreise seiner Freunde nahm. Mit ihm ging ein heller Geist und ein hoher Sinn, von ihm verblieb die Vision eines Deutschlands der sozialen Gerechtigkeit, des selbstbewussten Gemeinns und der bereitwilligen Solidarität, die sich über die Grenzen hinaus bewährte - es blieb die Hoffnung auf ein neues Deutschland in einer freien Welt.

+ + +

\* Fritz Sänger war einer der ersten Mitarbeiter Kurt Schumachers in Hannover nach dem Zusammenbruch 1945...

+ + +

### Fiasco der SED/KP

kn. - Die Instrukteure in den für die illegale Arbeit der Kommunisten in der Bundesrepublik zuständigen Arbeitsbüros des Zentralkomitees der SED in Ostberlin sind mit ihren Leuten an der Wasserkante von Hamburg bis Kiel höchst unzufrieden. Die Weisungen, die sie über das gleichfalls in Ostberlin befindliche Zentralkomitee der nach dem Verbot in Westdeutschland dorthin ausgewichenen KP-Führung unter Max Reimann bis an die unteren Fünfer-Gruppen weitergeben, werden immer weniger befolgt. Dabei kann man dann sogar von Männern des Verfassungsschutzes oben im Norden der Bundesrepublik hören, dass das gar nicht so sehr an den enormen Abwehrerfolgen liegt. Es geschieht einfach deshalb, weil die Kommunisten müde geworden sind, keinen Nachwuchs mehr besitzen und inzwischen auch an der Richtigkeit des Vorgehens ihres russischen Genossen Chruschtschow zweifeln.

Der Bezirk Wasserkante der früheren kommunistischen Partei mit dem Schwerpunkt in den norddeutschen Hafenstädten war einst eine Hochburg mit revolutionärer Vergangenheit. In Kiel waren die Kommunisten 1918 bei der Novemberrevolution auch zugleich gegen den aufkommenden republikanischen Staat tätig. In Hamburg führten sie 1923 einen bewaffneten Aufstand durch. Hier waren sie einst gut organisiert und erzielten bis zur Machtergreifung Hitlers als Gegner der Weimarer Republik von links bei allen Wahlen grosse Stimmenteile.

Das sah bei den Wahlen der Bundesrepublik bis zum Verbot der KPD anders aus. In Hamburg ging die Zahl der Parteimitglieder von 22 000 nach 1945 auf unter 4 000 im Jahre 1956 ganz einfach durch freiwillige Austritte zurück. In Kiel begannen die Kommunisten einmal mit fast 6 000 Mitgliedern nach 1945 und bei ihrem Verbot besaßen sie in ganz Schleswig-Holstein nur noch weniger als 4 000 mit dem Schwerpunkt in den Hafenstädten Flensburg, Kiel und Lübeck. In Hamburg rückte die KPD 1946 mit 10,4 Prozent der Stimmen in die Bürgerschaft ein, um auf 3,2 Prozent im Jahre 1953 zurückzufallen. Der Stimmenrückgang in Schleswig-Holstein im gleichen Zeitraum verlief von 5,1 Prozent auf 1,2 Prozent.

Trotz des Verbotes, das ja den wirklichen Einblick in mögliche Stimmenbewegungen und Mitgliedszahlen nicht mehr möglich macht, kann man davon ausgehen, dass die tiefen "Messzahlen" für die Wirksamkeit einer politischen Partei auch bei freier Betätigung der KPD an der Wasserkante weiter zurückgegangen wären. Die zum Teil in der Zone 2 und

zum Teil illegal in der Bundesrepublik gedruckten oder meist hektographierten Betriebszeitungen, die vor allen auf den grossen Werften unter der Hand an den Mann gebracht werden, finden gar keinen Widerhall mehr. Ja, es ist vorgekommen, daß Funktionäre der damaligen KP die Zeitungen nicht aus Angst vor Verfolgung ins Gebüsch warfen, sondern sich vor ihren Kollegen nicht weiter blamieren wollten, die nicht bereit waren, die Zeitungen überhaupt noch entgegen zu nehmen.

Ähnlich verhält es sich mit den illegal erscheinenden Zentralorganen der damaligen KPD "Freies Volk"; der im Kleinformat illegal herausgebrachten "Hamburger Volkszeitung" und der nach ihrer Aushebung in Hamburg wieder hektographiert erscheinenden Zeitung "Norddeutsches Echo". Es liegen mehrere Berichte darüber vor, dass diese Zeitungen zwar von einem ganz kleinen Staff aktiver Funktionäre mit grossen Eifer hergestellt werden, dass es aber den Fünfer-Gruppen unten in den Wohnbezirken so gut wie unmöglich ist, auch frühere Genossen dazu zu gewinnen, diese Zeitungen nun auch zu lesen.

Ähnlich verhält es sich auch mit den von drüben ausgestrahlten Rundfunksendungen, für die es trotz der Tätigkeit guter Reporter des Deutschlandsenders in Westeuropa bei den früheren Kommunisten im Norden so gut wie keine Resonanz gibt. Fernsehgeräte werden beispielsweise nur dann eingeschaltet, wenn etwa eine Direktübertragung aus dem Bolschoi-Theater aus Moskau gesendet wird. Die politischen Berichte sind selbst für die Ohren einstiger Kommunisten so einseitig gestaltet, daß man sie abtastellen pflegt.

Aber hier scheint der Angelpunkt des Misserfolges der Kommunisten in der Bundesrepublik zu liegen. Die hohen Funktionäre in Ostberlin haben offenbar nicht mehr das Ohr an den Massen wie es Lenin einst aufgetragen hat. Berichte, die von dem illegalen Apparat an der Küste nach Ostberlin gelangen, zeichnen sich durch Schönfärberei über Erfolge aus, die es einfach nicht gibt. Hinzu kommt - und auch das muss gesagt werden - , dass viele treue Kommunisten von lokale sich zur Arbeit für Nachrichtendienste der Verfassungsschutzämter bereit erklärt haben, so dass die Behörden in der Bundesrepublik in der Tat lückenlos über das geringste Geschehen im illegalen Apparat der Kommunisten sofort informiert werden.

+ + +

-----  
Verantwortlich: Günter Markscheffel